

**Gemeinsamer Änderungsantrag von CDU, Grüne, SPD, GAL/gen.hd/hd p&e, FDP, FWV, Linke/Piraten
zum Haushaltsplanentwurf 2015/2016
für den Gemeinderat am 26. März 2015**

Stand: 26. März 2016

Der gemeinsame Änderungsantrag wurde mit 36 : 2 : 7 Stimmen beschlossen

Nr.	Jahr	TH	Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung	Neuaufnahme / Änderung Ziel bzw. Maßnahme	Finanzielle Änderung	Anmerkungen der Verwaltung
2	2015 2016	Leitantrag	<p>Leitantrag, der dem HH 2013/2014 zugrunde liegt, bleibt in seinen Grundaussagen auch für diesen Doppelhaushalt bestehen.</p> <p>Ergänzt werden folgende Punkte:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Anstieg der Personalausgaben wird mittelfristig durch Anpassung von Aufgabenverteilung und Organisationsstrukturen begrenzt, die Höhe des Personalanstiegs im Haushalt 2015/2016 wird als Ausnahme gesehen 2. Darstellung der Kostendeckungsgrade der gebührenrechnenden Einrichtungen und anderer städtischer Einrichtungen auf Gebührenbescheiden, Eintrittskarten etc. um den Kommunalhaushalt transparenter darzustellen 3. Sukzessive Einführung weiterer Kennzahlen und Richtlinien in allen städti- 			<p><u>Verbesserung der Einnahmesituation</u> Sich bietende Einnahmemöglichkeiten zu nutzen und die Höhe der Einnahmen in vertretbarem Maße anzupassen, ist eine laufende Aufgabe der Verwaltung. Auch künftig wird die Verwaltung hier entsprechende Vorschläge unterbreiten.</p> <p><u>Begrenzung des Anstiegs der Personalausgaben</u> In enger Zusammenarbeit mit den Ämtern findet unter Federführung des Personal- und Organisationsamtes eine kontinuierliche Aufgabenkritik und Prüfung von Verwaltungsabläufen statt. Neben einer Erhöhung der Effizienz geht es hierbei auch um eine ständige Verbesserung unseres Serviceangebotes. Ohne ständig Optimierungsmöglichkeiten zu nutzen wäre es uns nicht gelungen, die quantitativ und qualitativ gestiegenen Aufgaben der Stadtverwaltung mit weniger Personal zu bewältigen als es vor 15 Jahren der Fall war (ohne den Bereich Kinderbetreuung). Wir werden diese Bemühungen als laufende Aufgabe der Verwaltung fortsetzen und bei Bedarf gerne den Haupt- und Finanzausschuss über erzielte Ergebnisse informieren.</p> <p>Im deutlich größeren Umfang können durch strukturelle Entscheidungen des Gemeinderats Personalausgaben reduziert werden. Es geht hier sowohl um einen möglichen Verzicht auf freiwillige Leistungen als auch um eine Reduzierung der</p>

Nr.	Jahr	TH	Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung	Neuaufnahme / Änderung Ziel bzw. Maßnahme	Finanzielle Änderung	Anmerkungen der Verwaltung
			<p>schen Ämtern und Einrichtungen zur quantifizierten Bewertung und Planung</p> <p>4. Der Gemeinderat wird sich in dieser Haushaltsperiode intensiv und lösungsorientiert mit der Frage der Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs und der damit zusammenhängenden Situation der SWH beschäftigen</p>			<p>Leistungsqualität. Diese Entscheidungen haben i.d.R. eine direkte Außenwirkung und deutliche spürbare negative Folgen.</p> <p>Nach heutigem Stand gehen wir davon aus, dass sich der deutliche Anstieg der Personalkosten in Folge von Stellenschaffungen so nicht weiter fortsetzt. Sollte diese Annahme nicht zutreffen, werden wir dem Gemeinderat im Jahre 2016 Vorschläge unterbreiten, wie durch strukturelle Entscheidungen dieser Entwicklung entgegengewirkt werden kann.</p>
7	2015 2016	Allgemeine Finanzwirtschaft	<p><u>Beschreibung:</u> Globaler Minderaufwand</p> <p><u>Begründung:</u> Zur Steigerung des Ergebnishaushalts wird ein globaler Minderaufwand eingeführt - <u>ausgenommen</u> sind die Bereiche Schule, Bildung und Kinder.</p>		<p><u>Aufwand:</u> - 1.500.000</p>	<p>Rein formal ist eine Erhöhung des Globalen Minderaufwands um 3 Mio. € auf 5 Mio. € zulässig. Nimmt man – wie vorgeschlagen - die Bereiche Schule, Bildung und Kinder aus und lässt auch die Zuschüsse an Dritte, die Abschreibungen, die Sozialhilfeaufwendungen sowie die Aufwendungen im Teilhaushalt Allg. Finanzwirtschaft (FAG- und GewSt-Umlage) außen vor, reduziert sich die Ausgangsbasis für die Umsetzung des Globalen Minderaufwands von rd. 500 Mio. € auf 200 Mio. €. Eine Erhöhung um 3 Mio. € auf 5 Mio. € bedeutet somit eine pauschale Einsparung von 2,5%; unter Berücksichtigung des Volumens der vertraglich gebundenen Aufwendungen wird dies nur mit deutlichen Leistungseinschränkungen realisierbar sein.</p> <p>Aus Sicht der Verwaltung wäre eine Erhöhung um maximal 1,5 Mio. € auf 3,5 Mio. € (und damit auf den Wert für 2013 und 2014) realistisch; gleichzeitig sollte diese auch für die Bereiche Schule, Bildung und Kinder gelten.</p>

Nr.	Jahr	TH	Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung	Neuaufnahme / Änderung Ziel bzw. Maßnahme	Finanzielle Änderung	Anmerkungen der Verwaltung
15	2015	Allgemeine Finanzwirtschaft	<u>Beschreibung:</u> Aufwand für Zinsen		<u>Aufwand:</u> - 100.000	Für Kredit <u>neu</u> aufnahmen sind in 2015 lediglich 250 T€ an Zinsaufwand vorgesehen. Bei der vorgeschlagenen Kürzung könnten noch nicht einmal die Bestandsdarlehen und die ÖPP-Darlehen vollständig bedient werden. Aus Sicht der Verwaltung wäre aufgrund des aktuellen Zinsniveaus maximal in 2015 eine Kürzung um 100 T€ und in 2016 um 200 T€ möglich.
15a	2016	Allgemeine Finanzwirtschaft	<u>Beschreibung:</u> Aufwand für Zinsen		<u>Aufwand:</u> - 200.000	Siehe Antrag 15
16	2015 2016	01	<u>Beschreibung:</u> Erhöhung der Sachmittel des AMR <u>Begründung:</u> Für eigene Projekte		Übertragung der Haushaltsreste aus 2014 nach 2015	Im Haushaltsplan stehen für den AMR 44.000 € bereit. Der Projektmittelsatz 2014 wurde nicht in voller Höhe ausgeschöpft.
17	2015	01	<u>Beschreibung:</u> Brauchtumpflege: u. a. für Jubiläum Rohrbach, Neuenheim, Handschuhsheim		<u>Aufwand:</u> + 10.000	Es sollten nur „runde“ Jubiläen im „50-Jahre-Rhythmus“ gefördert werden. Unterstützungsbeitrag: 5.000 € pro Jubiläum. <u>1250 - Jahrfeiern:</u> 2015: Neuenheim, Handschuhsheim 2016: Rohrbach 2017: Kirchheim, Wieblingen Ansatz 2015: 10.000 € Ansatz 2016: 5.000 €
17a	2016	01	<u>Beschreibung:</u> Brauchtumpflege: u. a. für Jubiläum Rohrbach, Neuenheim, Handschuhsheim		<u>Aufwand:</u> + 5.000	Siehe Antrag 17

Nr.	Jahr	TH	Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung	Neuaufnahme / Änderung Ziel bzw. Maßnahme	Finanzielle Änderung	Anmerkungen der Verwaltung
19	2015	01/51		<p><u>neues Ziel:</u> Verbesserung der Teilhabe</p> <p><u>neue Maßnahmen:</u> Erarbeitung eines Konzepts für ein Angebot an Kinderbetreuung bei Sitzungen aller gemeinderätlicher Gremien (auch BBR, AMR, etc.)</p>		<p>In 2015 können eine Bedarfserhebung und eine Konzepterstellung erfolgen. Insbesondere muss sichergestellt sein, dass geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. Die Koordination einer verbindlichen Betreuung an bis zu 130 Veranstaltungen im Jahr durch Ehrenamtliche mit Aufwandsentschädigung ist ohne zusätzliches Personal nicht leistbar.</p>
21	2015	11	<p><u>Beschreibung:</u> Einführung von GnuPG-Mailverschlüsselung in der Verwaltung.</p> <p><u>Begründung:</u> Den Bürgerinnen und Bürgern soll die Möglichkeit gegeben werden, einen Ende-zu-Ende-verschlüsselten Kommunikationsweg mit der Verwaltung nutzen zu können. Insbesondere für vertrauliche Anliegen mit personenbezogenen Daten ist das unabdingbar. Die geplante DE-Mail-Lösung halten wir vor allem wegen der Unterbrechung der Verschlüsselung nicht für hinreichend sicher und möchten daher eine sichere Alternative etablieren. GnuPG hat sich als offener Standard für sichere Mailverschlüsselung bewährt.</p>	<p><u>neues Ziel:</u> Verbesserung der Sicherheit der elektronischen Kommunikationswege mit der Verwaltung.</p> <p><u>Neue Maßnahme:</u> Einführung von GnuPG-Mailverschlüsselung</p>		<p>Bereits heute bietet die Stadt Heidelberg mit der „Virtuellen Poststelle“ (VPS) und DE-Mail zwei Alternativen zur vertraulichen Kommunikation an.</p> <p>Viele Rechtsvorschriften für Verwaltungsverfahren enthalten heute (noch) eine verbindliche Schriftformerfordernis. Gegenwärtig werden als Ersatz der Schriftform die qualifizierte elektronische Signatur und DE-Mail bzw. eID in Verbindung mit einem direkt (=online) von der Behörde bereitgestellten Formular für zulässig erklärt.</p> <p>Die Verschlüsselungs- und Signaturlösungen über GnuPG-/PGP- und X.509-Zertifikate sind – zumindest derzeit – als Ersatz der Schriftform nicht zugelassen.</p> <p>Wir halten diese zusätzliche Maßnahme gegenwärtig für nicht erforderlich.</p> <p>Der zusätzliche Aufwand der Einführung beläuft sich auf 10.000 €</p> <p>Siehe hierzu die als Anlage beigefügte ergänzende Stellungnahme der Verwaltung</p>

Nr.	Jahr	TH	Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung	Neuaufnahme / Änderung Ziel bzw. Maßnahme	Finanzielle Änderung	Anmerkungen der Verwaltung
21 a	2015	12	<p><u>Beschreibung:</u> Änderung Prioritätenliste statt bergheim-West, Boxberg vorziehen</p> <p><u>Begründung:</u> Damit der Boxberg vor allem für Familien, aber auch für andere BewohnerInnen attraktiv bleibt und noch attraktiver wird, soll ein Quartiersmanagement Schwächen und Stärken des Stadtteiles aufzeigen und die Behebung ersterer sowie den Erhalt zweiterer angeben.</p>	<p><u>Neue Maßnahme:</u> Gutachten für ein Quartiersmanagement auf dem Boxberg</p>		Siehe Antrag 22
22	2016	12	<p><u>Beschreibung:</u> Quartiersmanagement Boxberg Anstelle Bergheim West Verbesserung der Wohnsituation</p> <p><u>Begründung:</u> Hasenleiser steht im Haushalt, Boxberg nicht (war aber beschlossen)</p>			<p>Nach Einrichtung eines Quartiersmanagements (QM) im Emmertsgrund wird derzeit die Errichtung eines QM im Hasenleiser vorbereitet. In 2016 ist die Erstellung eines Gutachtens für das Stadtviertel Bergheim-West geplant. Eine Sozialraumanalyse als erster Schritt und die Erstellung eines Gutachtens in Vorbereitung zur Einrichtung eines QM auf dem Boxberg wurde seitens der Verwaltung für 2017/18 vorgesehen. Zur Erstellung einer Sozialraumanalyse für den Boxberg werden 40.000 € benötigt.</p>
26	2015 2016	15	<p><u>Beschreibung:</u> Transferaufwendungen Opferinterventionsstelle Frauen helfen Frauen</p> <p><u>Begründung:</u> Erhöhung beinhaltet Tarifsteigerung</p>		<p><u>Aufwand:</u> + 5.000</p>	
28	2015 2016	15	<p><u>Beschreibung:</u> Nachgehende Kinderbetreuung - Transferaufwendungen Frauen helfen Frauen</p>		<p><u>Aufwand:</u> + 5.000</p>	

Nr.	Jahr	TH	Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung	Neuaufnahme / Änderung Ziel bzw. Maßnahme	Finanzielle Änderung	Anmerkungen der Verwaltung
31	2015 2016	15	<p><u>Beschreibung:</u> fairmann e.V. Erhöhung der Transferaufwendungen bei Gewaltprävention an Schulen</p> <p><u>Begründung:</u> Vorgesehen für Honorarkräfte, um besser auf die Nachfrage reagieren zu können.</p>		<p><u>Aufwand:</u> + 7.000</p>	
39	2015	15	<p><u>Beschreibung:</u> Sozialticket - Umstellung der Finanzierung auf das Modell „Karte ab 60“ oder das Modell „Job-Ticket“</p> <p><u>Begründung:</u> Stadt führt entsprechende Verhandlungen mit dem URN.</p>			
41	2015 2016	15	<p><u>Beschreibung:</u> Einrichtung eines ehrenamtl. Feldschütz gem. Vorschlag OB</p> <p><u>Begründung:</u> Zunahme von Diebstählen im Feld und unerlaubtes Fahren im Feld stadtwweit. Die Deckung erfolgt durch Streichung der Mittel für Konzepterstellung "Kunst im Öffentlichen Raum".</p>	<p><u>Neues Ziel/neue Maßnahme:</u> Umsetzung über das Modell Ehrenamt (z. B. Naturschutzwarte oder dgl.)</p>		<p>Das Landschafts- und Forstamt sowie das Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie prüfen derzeit gemeinsam mit dem Personal- und Organisationsamt verschiedene Lösungsmöglichkeiten. Nach heutigem Stand werden wir versuchen, im Rahmen der Feldwegebegehungen die Präsenz vor Ort zu erhöhen. In diesem Zusammenhang wird auch geprüft, ob der KOD zumindest sporadische Kontrollen durchführen kann. Vor diesem Hintergrund halten wir eine Stellenschaffung nicht für geboten.</p>

Nr.	Jahr	TH	Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung	Neuaufnahme / Änderung Ziel bzw. Maßnahme	Finanzielle Änderung	Anmerkungen der Verwaltung
47	2015 2016	16 PLP	<u>Beschreibung:</u> ZV Antrag <u>Begründung:</u> Frauennachttaxi wichtige Leistung für sichere Mobilität von Frauen im Stadtgebiet	<u>Leistung:</u> Frauennachttaxi als Leistung/Maßnahme in dieser Produktgruppe explizit nennen		Wird aufgrund der Anregung in der Klausursitzung durch die Verwaltung umgesetzt.
48	2015	16	<u>Beschreibung:</u> Erhöhung des Ansatzes für das Frauennachttaxi auf Basis Berechnungsmodell 2010 mit 7 € Eigenanteil (Drucksache 0127/2014/IV unter Berücksichtigung einer Beteiligung der Taxizentrale mit 1 € pro Fahrt		<u>Aufwand:</u> + 29.300 <u>Ertrag:</u> + 10.700	Umstellung auf altes Modell mit 6 € (Annahme: ab 1.7.2015) verursacht folgende finanzielle Auswirkungen (Basis: Info an den ASC 10.2.15) 2015: Ertrag : + 6.700 € Aufwand: + 29.300 € Zuschussbedarf: + 22.600 € 2016: Ertrag: +25.400 € Aufwand: + 114.600 € Zuschussbedarf: + 89.200 € Möglicher Rest: 33.000 € Die Fahrzahlen des letzten „alten“ Modelljahres zugrunde gelegt (14.709 Fahrten in 2010) würde sich der städtische Zuschussbedarf in 2016 von 31.800 € um 146.718 € auf 177.979 € / Jahr erhöhen. Eine Modellumstellung bereits zum 01.07.2015 wäre sehr nutzerinnenunfreundlich. Eine Umstellung sollte erst zum 01.01.2016 erfolgen.

Nr.	Jahr	TH	Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung	Neuaufnahme / Änderung Ziel bzw. Maßnahme	Finanzielle Änderung	Anmerkungen der Verwaltung
48a	2016	16	<u>Beschreibung:</u> Erhöhung des Ansatzes für das Frauennachttaxi auf Basis Berechnungsmodell 2010 mit 7 € Eigenanteil (Drucksache 0127/2014/IV unter Berücksichtigung einer Beteiligung der Taxizentrale mit 1 € pro Fahrt		<u>Aufwand:</u> + 114.600 <u>Ertrag:</u> + 35.400	Siehe Antrag 48
51	2015 2016	16	<u>Beschreibung:</u> Frauennachttaxi <u>Begründung:</u> Bisherige Werbung auf Homepage ist ungenügend, Verkauf/ Information bei Bürgerämtern ebenfalls	<u>neue Maßnahme:</u> Überarbeitung Marketingkonzept Frauennachttaxi	<u>Aufwand:</u> + 5.000	Mit der Umsetzung eines neuen Marketingkonzeptes ist ein zusätzlicher Mehraufwand für das FNT zu erwarten.
54	2015 2016	16	<u>Beschreibung:</u> Erhöhung Zuschuss BIBEZ <u>Begründung:</u> Erhöhte Personal- und Sachkosten		<u>Aufwand:</u> + 15.000	
63	2015 2016	16	<u>Beschreibung:</u> Erhöhung Zuschuss LUCA Bereich „Lebenswelt und Berufsorientierung“ <u>Begründung:</u> Erhöhte Personal- und Sachkosten		<u>Aufwand:</u> + 10.000	Der Bedarf für diesen Mehraufwand wurde nicht nachgewiesen LUCA ist bereits durch die Übernahme der bisher durch den ESF geförderten Projekte in den städtischen Haushalt auskömmlich finanziert. Eine weitere Ausweitung des Angebotes wird nicht als sinnvoll angesehen

Nr.	Jahr	TH	Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung	Neuaufnahme / Änderung Ziel bzw. Maßnahme	Finanzielle Änderung	Anmerkungen der Verwaltung
66	2015 2016	16	<p><u>Beschreibung:</u> Erhöhung Zuschuss Frauen-gesundheitszentrum</p> <p><u>Begründung:</u> Deckung für laufende Kosten, um Eigenmittel zur Co-Finanzierung bei Drittmittelstiftungen frei zu haben</p>		<p><u>Aufwand:</u> + 7.000</p>	Erhöhung dient zur städtischen Co Finanzierung eines Projektantrages bei der Aktion Mensch. Das Projekt ist auf eine Dauer von 3 Jahren angelegt. Wird dieser Antrag nicht bewilligt, werden die städtischen Mittel nicht erforderlich sein.
68	2015 2016	16	<p><u>Beschreibung:</u> Schaffung eines Sprachmittlerdienstes für Flüchtlinge und sonstige Migrant/innen mit geringem Einkommen, Konzept liegt vor, Schaffung einer 0,5 Personalstelle zur Koordination dieses Angebotes</p> <p><u>Begründung:</u> Der Sprachmittlerdienst sorgt dafür, dass Ämter und Flüchtlinge und sonstige Migrant/innen mit geringem Einkommen schnell und unbürokratisch Unterstützung bei Verständnisschwierigkeiten bekommen.</p>	<p><u>Neue Maßnahme:</u> Das Konzept des Diakonischen Werkes soll umgesetzt werden.</p>	<p><u>Aufwand:</u> + 12.000</p>	Der Bedarf an Sprachmittlerdiensten besteht in mehreren Bereichen unserer Verwaltung, z. B. im Bürgeramt, beim Amt für Soziales und Senioren, dem Jobcenter und dem Kinder- und Jugendamt. Diese Leistungen werden dezentral mit dem vorhandenen Personal wahrgenommen . Im Bereich der Flüchtlinge werden zudem ehrenamtliche Übersetzer/-innen über den Asylarbeitskreis vermittelt.
75	2015 2016	IZ	<p><u>Beschreibung:</u> Interkulturelles Zentrum</p> <p><u>Begründung:</u> Erhöhung Sachmittel für Öffentlichkeitsarbeit - Werbung für Veranstaltungen</p>		<p><u>Aufwand:</u> + 6.000</p> <p><u>Fußnote:</u> Interne Dienstleistungen Amtt13 nutzen</p>	

Nr.	Jahr	TH	Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung	Neuaufnahme / Änderung Ziel bzw. Maßnahme	Finanzielle Änderung	Anmerkungen der Verwaltung
78	2015 2016	23	<u>Beschreibung:</u> Gebäudeunterhalt: Altes Rathaus, Feuerwehr, DRK Ziegelhausen (Planung)		<u>Aufwand:</u> + 25.000	Es besteht ein konkreter Zusammenhang zwischen den Planungen für den Umbau des alten Rathauses und der Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses. Für die Planungen zum Feuerwehrgerätehaus sind in 2016 25.000 € veranschlagt.
80	2015	30	<u>Beschreibung:</u> Keine Ausweitung der Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen <u>Begründung:</u> Vorhandene Kontrollpunkte reichen aus	<u>Neue Maßnahme:</u> Mobile Kontrollen an dieser Stelle ausbauen	<u>Aufwand:</u> - 151.300	Die Streichung führt zu Mindererträgen bei den Buß- und Verwarnungsgeldern in 2015 von insg. 135 T€ und ab 2016 von jährlich rd. 255 T€ Die geplante Errichtung einer Anlage in der Karlsruher Str. basiert auf mehreren Unfällen mit Fußgängerbeteiligung, einer davon in 2014 mit tödlichem Ausgang und entspricht auch dem im Rahmen der Fortschreibung des Lärmaktionsplans Heidelberg 2013 formulierten Wunsch des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses.
87	2015 2016	37	<u>Beschreibung:</u> Transferaufwendungen Stadtjugendring <u>Begründung:</u> Förderung der Jugendarbeit der Rettungsdienste		<u>Aufwand:</u> + 4.990	Im Haushaltsplanentwurf sind hierfür 5.110 € vorgesehen.

Nr.	Jahr	TH	Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung	Neuaufnahme / Änderung Ziel bzw. Maßnahme	Finanzielle Änderung	Anmerkungen der Verwaltung
91	2015 2016	40	<u>Beschreibung:</u> NEU: Modernisierungen/ Strukturelle Verbesserungen für allg. bildende Gymnasien sowie die Kepler- und Heus-Realschule - Hygiene, äußeres und inneres Erscheinungsbild „Schule als Lebensmittelpunkt“ <u>Begründung:</u> Mit G8 Gymnasien Ganztagschulen, jährliche Fortführung auch in der mittelfristigen Finanzplanung		<u>Aufwand:</u> + 1.500.000	
92	2015	40	<u>Beschreibung:</u> Hölderlingymnasium: Generalsanierung mit Konzeption Profilausbildung Theaterpädagogik - Planungsrate		<u>Aufwand:</u> + 100.000	Wir verweisen hierzu auf unsere Antwort auf die Fragen aus der Klausursitzung. Die Bewertung der relevanten Kriterien (u.a. Anforderungen an den Denkmalschutz) ist in Verbindung mit einer Kosten-Nutzen-Betrachtung vorzunehmen.
93	2016	40	<u>Beschreibung:</u> Hölderlingymnasium: Generalsanierung mit Konzeption Profilausbildung Theaterpädagogik	<u>neue / geänderte Maßnahme:</u> Ausführung von ersten Maßnahmen	<u>Aufwand:</u> + 1.500.000	Siehe Antrag 92
95	2015	40	<u>Beschreibung:</u> Albert-Schweitzer-Schule Mensa - Planungsrate		<u>Aufwand:</u> + 50.000	Die Verbesserung der Essenssituation an der Albert-Schweitzer-Schule ist aus Sicht der Verwaltung nicht als dringlich einzustufen. Für die Verbesserung der Betreuungssituation sind Planungs- und Baumittel ab 2016 veranschlagt.

Nr.	Jahr	TH	Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung	Neuaufnahme / Änderung Ziel bzw. Maßnahme	Finanzielle Änderung	Anmerkungen der Verwaltung
96	2015	40	<u>Beschreibung:</u> Planungskosten Mensa Waldpark-schule <u>Begründung:</u> Prüfung der Einrichtung einer Mensa		<u>Aufwand:</u> + 50.000	<p>Die Essenszahlen der Waldpark-schule, wie auch aller anderen Schulen, sind auch über die vorliegenden Essensabrechnungen ständig im Blick, um entsprechende organisatorische und bauliche Maßnahmen gegebenenfalls einzuleiten und gemeinsam mit der Schule funktionierende Zwischenlösungen der Essensversorgung der Schülerinnen und Schüler zu entwickeln. Primär sind alle (schul)-organisatorischen Möglichkeiten zur Verbesserung der Essenssituation auszuschöpfen. Sollte dies perspektivisch nicht ausreichend sein, sind bauliche Veränderungen und Verbesserungen zu untersuchen (vgl. Druck-sache 0182/2014/IV).</p> <p>Im Haushaltsplanentwurf stehen in 2015 und 2016 jeweils Mittel in Höhe von 200 T€ (allg. Planungstopf) zur Verfügung um bei Bedarf entsprechende Planungen einleiten zu können.</p>
97	2016	40	<u>Beschreibung:</u> Umsetzung Mensa Waldparkschule <u>Begründung:</u> Die Mensa der Kurpfalzschule in Kirchheim kostete rd. 900.000 €		<u>Aufwand:</u> + 500.000	Siehe Antrag 96
100	2015	40	<u>Beschreibung:</u> Carl-Bosch-Schule Erneuerung Haustechnik Werkstatt <u>Begründung:</u> Entsprechend Investitionsprogramm HH 2013/14		<u>Aufwand:</u> + 50.000	Die Maßnahmen wurden im Rahmen der verwaltungsinternen Priorisierung zunächst zurückgestellt. Aus fachlicher Sicht ist die Dach- und Fassadensanierung des Haupthauses wichtiger; hierfür stehen in 2016 ff. Planungs- und Baumittel zur Verfügung.

Nr.	Jahr	TH	Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung	Neuaufnahme / Änderung Ziel bzw. Maßnahme	Finanzielle Änderung	Anmerkungen der Verwaltung
101	2016	40	<u>Beschreibung:</u> Carl-Bosch-Schule Erneuerung Haustechnik Werkstatt <u>Begründung:</u> Entsprechend Investitionsprogramm HH 2013/14		<u>Aufwand:</u> + 290.000	Siehe Antrag 100
102	2016	40	<u>Beschreibung:</u> Carl-Bosch-Schule Sanierung Sporthalle <u>Begründung:</u> Entsprechend Investitionsprogramm HH 2013/14		<u>Aufwand:</u> + 100.000 <u>VE:</u> 1 Mio. in 2016	Siehe Antrag 100
104	2015 2016	40	<u>Beschreibung:</u> Erhöhung des Zuschusses an die Volkshochschule Produktgruppe 27.10 <u>Begründung:</u> Verbreiterung des Angebots, Erhöhung bei Personal- und Sachkosten seit 2009 17% Tarifsteigerung ohne Anpassung städt. Zuschuss, Landesregierung hat Zuschüsse erhöht (80.000) /5% Gebührenerhöhung (2,5% Tarifausgleich), 1.2 Mio. für Festbeschäftigte (2,5% rechnen)		<u>Aufwand:</u> + 150.000	Grundsätzlich setzt die VHS zur Finanzierung ihrer Ausgaben vorrangig eigene Einnahmen (insbesondere Teilnahmegebühren) und Zuschüsse ein, die sie vom Land oder von sonstigen Zuschussgebern erhält. Der städtische Zuschuss ist somit subsidiär. Grundlage der Auszahlung des Zuschusses bildet der mit der VHS geschlossene Vertrag vom 01.01.2005; dieser hat noch eine Laufzeit bis zum 31.12.2015.

Nr.	Jahr	TH	Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung	Neuaufnahme / Änderung Ziel bzw. Maßnahme	Finanzielle Änderung	Anmerkungen der Verwaltung
113	2015	41	<p><u>Beschreibung:</u> Kulturparkettladen Einrichtung eines zusätzlichen Minijobs im regionalen Kulturparkettladen</p> <p><u>Begründung:</u> Nur mit einer zusätzlichen Stelle können die Heidelberger Anfragen ausreichend berücksichtigt und erledigt werden.</p>		<p><u>Aufwand:</u> + 5.000</p>	Neben dem unmittelbaren Aufwand für das Projekt entsteht bei Ausstellung des Kulturpasses durch das Bürgeramt ein personeller Aufwand in Höhe von rd. 11.000 € jährlich.
117	2016	41	<p><u>Beschreibung:</u> Kulturparkettladen Einrichtung eines zusätzlichen Minijobs im regionalen Kulturparkettladen</p> <p><u>Begründung:</u> Nur mit einer zusätzlichen Stelle können die Heidelberger Anfragen ausreichend berücksichtigt und erledigt werden.</p>		<p><u>Aufwand:</u> + 8.000</p>	Siehe Antrag 113
121	2015	41	<p><u>Beschreibung:</u> Aufwendungen für Konzepterstellung "Kunst im Öffentlichen Raum" streichen</p>		<p><u>Aufwand:</u> - 15.000</p>	
122	2016	41	<p><u>Beschreibung:</u> Aufwendungen für Konzepterstellung "Kunst im Öffentlichen Raum" streichen</p>		<p><u>Aufwand:</u> - 35.000</p>	
123	2015 2016	41	<p><u>Beschreibung:</u> Erhöhung der Projektzuschüsse an Dritte</p>		<p><u>Aufwand:</u> + 30.000</p>	

Nr.	Jahr	TH	Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung	Neuaufnahme / Änderung Ziel bzw. Maßnahme	Finanzielle Änderung	Anmerkungen der Verwaltung
129	2015 2016	41	<u>Beschreibung:</u> Erhöhung des Zuschusses an Enjoy Jazz <u>Begründung:</u> Metropolregionsprojekt, Unterstützung gemeinsam mit Mannheim		<u>Aufwand:</u> +10.000 <u>Fußnote:</u> Nur wenn Mannheim ebenfalls erhöht	Siehe auch DS 0029/2015/IV
133	2015 2016	41	<u>Beschreibung:</u> Erhöhung der Projektförderung für Literaturprojekte im Rahmen UNESCO City of Literature z. B. die AG Literaturtage, die Weltkarte der Poesie u.a.		<u>Aufwand:</u> + 40.000	Die Arbeit und Koordination zur Unesco City of Literature ist von Seiten der Stadt zentral beim Kulturamt angesiedelt. Dort wird eine Arbeitsgruppenstruktur geschaffen und im Rahmen der verfügbaren Mittel (jeweils 50 T€ in 2015 und 2016) ein Programm erstellt.
138	2015 2016	41	<u>Beschreibung:</u> Erhöhung des Zuschusses an die GEDOK <u>Begründung:</u> Wegen Miet- und Personalkosten		<u>Aufwand:</u> + 2.500	
141	2015 2016	41	<u>Beschreibung:</u> Aufnahme eines Zuschuss für das Haus am Wehrsteg		<u>Aufwand:</u> + 9.000	
145	2015	41	<u>Beschreibung:</u> Einmalige Investitionshilfe für das Puppentheater "Plappermaul" <u>Begründung:</u> Der Verein hat selber Räume gefunden, das Puppentheater führt kleine Kinder erstmals ans Theater heran		<u>Aufwand:</u> + 10.000	

Nr.	Jahr	TH	Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung	Neuaufnahme / Änderung Ziel bzw. Maßnahme	Finanzielle Änderung	Anmerkungen der Verwaltung
148	2015	42		<p><u>Neues Ziel:</u> Erinnerungskultur Amerikaner</p> <p><u>Neue Maßnahme:</u> Erstellung eines Konzepts zusammen mit dem Center for American Studies</p>	<p><u>Aufwand:</u> + 20.000</p>	<p>In die Zielvereinbarung des Amtes 42 wird durch die Verwaltung nachträglich das Ziel der Konzeptionierung und Umsetzung einer Erinnerungsstätte Amerikaner mitaufgenommen. Die für die Konzeptionierung erforderlichen finanziellen Mittel stehen noch nicht fest und müssen im Rahmen des Gesamthaushalts finanziert werden.</p>
153	2015	50 PLP	<p><u>Beschreibung:</u> Stadt Heidelberg tritt bei der Finanzierung von Frauen im Frauenhaus für Frauen außerhalb Heidelbergs auf Tagessatzberechnung in Vorleistung und führt interkommunal die Verhandlungen mit den Herkunftssozialämtern.</p> <p><u>Begründung:</u> Viele Städte, u. a. auch MA haben auf dieses Verfahren umgestellt.</p>			<p>Im Jahr 2013 wurden im Frauenhaus insgesamt 46 Frauen und 42 Kinder aufgenommen. Beim überwiegenden Teil dieser Personen handelt es sich um Empfängerinnen von SGB II-Leistungen, für die die Unterkunft- und Betreuungskosten im Frauenhaus vom Jobcenter übernommen werden.</p> <p>Problematisch ist für das Frauenhaus nur die Geltendmachung der Betreuungskosten bei Selbstzahlerinnen, die von außerhalb ins Frauenhaus kamen und bei denen deshalb die Zuständigkeit des Herkunftsträgers (§ 98 Abs. 5 SGB XII) besteht. Dies ist in weniger als 5 Fällen pro Jahr der Fall.</p> <p>Übernimmt die Stadt Heidelberg in diesen Fällen die Betreuungskosten, <u>ohne</u> dass hierfür eine Zuständigkeit besteht, hat sie keinen Kostenerstattungsanspruch gegenüber der Herkunftskommune.</p> <p>Die Stadt Mannheim verfährt dennoch entsprechend und nimmt damit das Risiko ausfallender Kostenerstattung in Kauf.</p>

Nr.	Jahr	TH	Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung	Neuaufnahme / Änderung Ziel bzw. Maßnahme	Finanzielle Änderung	Anmerkungen der Verwaltung
154	2015	50	<p><u>Beschreibung:</u> Frauen helfen Frauen</p> <p><u>Begründung:</u> Selbstzahlerinnen Defizit: 26.000 € Betreuungskosten offen, Miete (Frauen selbst) einmaliger Ausgleich.</p>		<p><u>Aufwand:</u> + 20.000</p>	Siehe Antrag 153
156	2015 2016	50		<p><u>neues Ziel:</u> Seniorenpflegemöglichkeiten in allen Stadtteilen sicherstellen.</p>		In den endgültigen HH-Plan wird bereits durch die Verwaltung eine neue Maßnahme „Prüfung der Realisierung eines Pflegeheimes in freier Trägerschaft im Heidelberger Osten“ aufgenommen.
158	2015 2016	50	<p><u>Beschreibung:</u> Förderung des Spracherwerbs von Flüchtlingen.</p> <p><u>Begründung:</u> Je schneller und je besser Flüchtlinge Deutsch lernen desto schneller und besser können sie sich sowohl in Gesellschaft als auch Arbeitsmarkt integrieren. Bisher wird ihnen ein vierwöchiger Kurs angeboten. Dieses Angebot muss erweitert werden. In Zusammenarbeit mit der VHS und dem Asyl-AK wird ein Konzept zum Spracherwerb von Flüchtlingen erarbeitet, das modular aufeinander aufbaut. Ziel ist es, Flüchtlinge schon während des Asylverfahrens auf den Einstieg in den Arbeitsmarkt vorzubereiten.</p>	<p><u>neues Ziel:</u> Förderung des Spracherwerbs von Flüchtlingen.</p> <p><u>neue Maßnahme:</u> Entwicklung eines Konzepts in Zusammenarbeit mit Dritten.</p>		<p>Bisher wird für jeden Flüchtling ein 4-wöchiger Sprachkurs bei der Volkshochschule finanziert. Dies entspricht den Vorgaben des Flüchtlingsaufnahmegesetzes des Landes, wenn gleich die in der Flüchtlingspauschale des Landes enthaltene Pauschale hierfür nicht ausreichend ist.</p> <p>Daneben organisieren der Asyl-AK und der Caritasverband Sprachkurse direkt vor Ort in den Unterkünften, die teilweise aus Spendenmitteln finanziert, teilweise von Ehrenamtlichen kostenlos durchgeführt werden.</p> <p>Für die Vorbereitung von Personen auf den Einstieg in den Arbeitsmarkt, auch in Bezug auf Spracherwerb, ist grundsätzlich die Agentur für Arbeit zuständig.</p>

Nr.	Jahr	TH	Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung	Neuaufnahme / Änderung Ziel bzw. Maßnahme	Finanzielle Änderung	Anmerkungen der Verwaltung
158a	2015	50	<u>Begründung:</u> Je schneller Flüchtlinge in - ihren Qualifikationen entsprechende - Arbeitsplätze integriert werden umso schneller integrieren sie sich in die Gesellschaft und sind in der Lage für sich selbst zu sorgen. Zudem kann der Fachkräftemangel gelindert oder sogar behoben werden.	<u>Neue Maßnahme:</u> Konzeptentwicklung zur Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen.		Die Arbeitsmarktintegration ist auch für Flüchtlinge mit Arbeitserlaubnis originäre Aufgabe der Agentur für Arbeit . Seit Ende 2014 trifft sich auf Einladung der Agentur ein Arbeitskreis Asyl-Beschäftigung von Flüchtlingen. Teilnehmer sind die Agentur, die Jobcenter Heidelberg und Rhein-Neckar-Kreis, das Landratsamt und die Stadt Heidelberg vertreten durch Amt 50. Alle Flüchtlinge mit Arbeitserlaubnis haben einen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt i. S. des SGB III. Die ersten Ansätze konzentrieren sich auf qualifizierte Flüchtlinge.
159	2015	50	<u>Beschreibung:</u> Einmaliger Investitionszuschuss für Renovierung Mehrgenerationenhaus		<u>Aufwand:</u> + 50.000	Die für die Förderung des Bundes notwendige Ko-finanzierung der Kommune in Höhe von 10.000 € jährlich wurde durch die Verwaltung bereits veranschlagt. Mehrgenerationenhäuser sind zentrale Begegnungsorte, an denen das Miteinander der Generationen aktiv gelebt wird. Davon gibt es in Heidelberg 2: das Mehrgenerationenhaus Prisma in Handschuhsheim und das Mehrgenerationenhaus Schweizer Hof in Rohrbach. Eine öffentliche Förderung erhält lediglich das MGH in Rohrbach im Rahmen des „Aktionsprogramms Mehrgenerationenhäuser“ des Bundes. Die hierfür notwendige Ko-finanzierung der Kommune in Höhe von 10.000 € jährlich wurde durch die Verwaltung im HH 2015/2016 bereits veranschlagt. Eine darüber hinausgehende Projektförderung für nur eines der beiden Mehrgenerationenhäuser in Heidelberg wird von Seiten des Fachamtes nicht befürwortet, zumal sich das MGH in Rohrbach gerade in einer Umbruchphase befindet und die weitere Entwicklung des neu gegründeten Trägervereins noch nicht absehbar ist.

Nr.	Jahr	TH	Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung	Neuaufnahme / Änderung Ziel bzw. Maßnahme	Finanzielle Änderung	Anmerkungen der Verwaltung
165	2015 2016	JC	<p><u>Beschreibung:</u> Als Faktor zur Berechnung der „angemessenen“ Miete wird die Miete des Mietpreisspiegels entsprechend des tatsächlichen Baujahres verwendet.</p> <p><u>Begründung:</u> Von den unzureichenden Regelsätzen müssen Hartz IV-Empfänger oft erhebliche Teile für die Mietkosten aufwenden. Die als „angemessen“ geltenden Höchstgrenzen halten mit den steigenden Mieten nicht mit, Wiedervermietungen sind im Schnitt um ein Drittel teurer. Die „angemessenen“ Mietkosten werden u.a. dadurch kleingerechnet, dass nur die Mietspiegel-Werte der Gebäudeklassen der Baujahre 1970 bis 1979 berücksichtigt werden.</p>	<p><u>Neue Maßnahme:</u> Erstellung eines Konzeptes und Vorstellung im 2. Quartal 2015 mit Option auf Umsetzung in 2016</p>		<p>Nach SGB XII/ SGB II sind Kosten der Unterkunft anzuerkennen, soweit sie <u>angemessen</u> sind. In Heidelberg wird für die Prüfung der Angemessenheit die nach dem Heidelberger Mietspiegel festgestellte durchschnittliche Vergleichsmiete für den jeweiligen Stadtteil ohne weitere Zu- oder Abschläge bezogen auf die Baujahresklasse 1970 – 1979 zugrunde gelegt.</p> <p>Dies spiegelt die ständige Rechtsprechung des Bundessozialgerichts wieder.</p> <p>Sollten künftig die <u>tatsächliche</u> Miete übernommen werden handelt es sich dabei um eine freiwillige Leistung der Stadt Heidelberg, für die es keine Erstattung durch den Bund gibt.</p> <p>Die Höhe der zusätzlichen Ausgaben sind nicht kalkulierbar, werden aber deutlich über den beantragten 150.000 € liegen. Gleichzeitig würde dies zu einer Anpassung der geforderten Mieten von SGB XII- und SGB II-Empfängern auf dem Heidelberger Wohnungsmarkt führen.</p>
168	2016	51	<p><u>Beschreibung:</u> Erhöhung des Zuschusses an den Stadtjugendring für die erstmalige Förderung des Projekts „Kein Missbrauch“</p>		<p><u>Aufwand:</u> + 23.500</p>	

Nr.	Jahr	TH	Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung	Neuaufnahme / Änderung Ziel bzw. Maßnahme	Finanzielle Änderung	Anmerkungen der Verwaltung
170	2016	51	<u>Begründung:</u> Obwohl durch die Übernahme der Räume des Jugendfriedensbüros eine faire Verteilung der Räume gewährleistet werden sollte, liegt bisher dafür kein Konzept vor. Ohne Vorlage eines entsprechenden Konzeptes im GR kann der Mietzuschuss an den SJR nicht ausbezahlt werden.	<u>neue Fußnote:</u> Auszahlung des Mietzuschusses an den Stadtjugendring für die Jugendräume in der Luisenstraße (ehemaliges Schülerfriedensbüro) nur nach Vorlage eines Konzeptes.		
172	2015	51	<u>Beschreibung:</u> Beitragsfreiheit in KITAs für HDPass Inhaber (alle Kinder mit HD Pass+) ausdehnen: 3 Jahre bis Schuleintritt		<u>Aufwand:</u> + 143.000	Siehe Antwort auf die Frage aus der Haushaltsklausur Mittelbedarf bei Umsetzung ab Kita-Jahr 2015/2016: 2015: +143.000 € 2016: +460.000 €
173	2016	51	<u>Beschreibung:</u> Beitragsfreiheit in KITAs für HDPass Inhaber (alle Kinder mit HD Pass+) ausdehnen: 3 Jahre bis Schuleintritt		<u>Aufwand:</u> + 460.000	Siehe Antrag 172

Nr.	Jahr	TH	Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung	Neuaufnahme / Änderung Ziel bzw. Maßnahme	Finanzielle Änderung	Anmerkungen der Verwaltung
176	2015	51/40		<p><u>neues / Ziel:</u> Abbau der Hortplätze an städtischen Einrichtungen mit Übergang an die Schulen</p> <p><u>neue Maßnahmen:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • es erfolgt keine weitere Besetzung von Plätzen von Kindern, die altersbedingt die Schule verlassen • Entwicklung eines Konzepts durch das Amt für Schule und Bildung zur Erhöhung der Kapazität der Betreuung an Grundschulen • Bericht Ende 2015 		<p>Betroffen wären 150 Hortplätze in 7 städtischen Kitas. Diese Plätze könnten für ein Kita- und/oder Krippenangebot genutzt werden. Bestehende Verlagerungsmöglichkeiten wurden bisher genutzt, waren aber oft mit baulichen Maßnahmen in der Schule verbunden (u. a. Landhausschule).</p> <p>Voraussetzung sind insbesondere geeignete räumliche Voraussetzungen an Schulen. Außerdem muss der Schulentwicklungsprozess beachtet werden (insbesondere die Themen Inklusion und Ganztagschulentwicklung).</p>
177	2015 2016	52	<p><u>Beschreibung:</u> Zuschusserhöhung für Stelle Sportpädagogen im Turnzentrum Heidelberg</p> <p><u>Begründung:</u> Die kleinsten Mitglieder der KTG werden von einem Sportpädagogen hervorragend betreut. Das fördert Bewegungsfreude, Integration, Gemeinschaftsgefühl. Talentsuche für die KTG-Oberliga</p>		<p><u>Aufwand</u> + 5.000</p>	

Nr.	Jahr	TH	Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung	Neuaufnahme / Änderung Ziel bzw. Maßnahme	Finanzielle Änderung	Anmerkungen der Verwaltung
178	2015 2016	52	<u>Beschreibung:</u> Einstellung Fanprojekt Hoffenheim <u>Begründung:</u> Die Stadt HD muss sich nicht an einem Projekt des Kreises beteiligen, dies umso weniger, als der Kreis sich auch nicht an Kosten wie z. B. Schulsozialarbeit beteiligt. Zudem ist der Verein finanziell potent genug, um solche Projekte zumindest mit-, wenn nicht gar komplett zu finanzieren.		<u>Aufwand:</u> -10.000	Bei dem Fanprojekt Hoffenheim handelt es sich um ein Projekt, dessen Träger der AWO Kreisverband Rhein-Neckar ist. Dieses Projekt ist im November 2011 gestartet und hat in kurzer Zeit sehr gute Kontakte zu den jugendlichen Fans des Bundesligavereins aufgebaut, auch zu vielen Fans aus Heidelberg, z.B. den Mitgliedern des Fanclubs Fanatics Heidelberg. Das Fanprojekt steht für aufsuchende Jugendhilfe, Prävention gegen Gewalt in Stadien und rechte Radikalisierung von jungen Fußballfans. Die Arbeit des Projekts findet bei vielen große Anerkennung insbesondere auch bei der Heidelberger Polizei. Wir halten eine Beteiligung in dieser Höhe für die Jahre 2015 und 2016 für gerechtfertigt und angemessen.
179	2016	52	<u>Beschreibung:</u> Erlenweghalle		<u>Aufwand:</u> + 300.000	Eine Kostenüberschreitung der Maßnahme ist momentan noch nicht absehbar.
180	2015 2016	52	<u>Beschreibung:</u> Planung Großsporthalle	<u>geänderte Maßnahme:</u> Neue FN: Erstellung eines Gutachtens zur Nutzungsvielfalt, zur regelmäßigen Auslastung und zum jährlichen Zuschussbedarf		Die für die Planung bereitgestellten Mittel reichen für ein entsprechendes zusätzliches Gutachten nicht aus.

Nr.	Jahr	TH	Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung	Neuaufnahme / Änderung Ziel bzw. Maßnahme	Finanzielle Änderung	Anmerkungen der Verwaltung
182	2015	61 51.10.02		<u>neues / geändertes Ziel:</u> Ziel 5 , Maßnahme M7 <u>neue / geänderte Maßnahme:</u> Entwicklungskonzept für Platz- und Freiraumgestaltung für alle Stadtteile unter dem Blickwinkel der Identitätsschöpfung (Gestaltung und Mobiliar) mit Prioritätenliste, wann welcher Stadtteil an der Reihe ist		Eine Erfassung dieser Orte ist möglich, um eine Prioritätenbildung vorzubereiten. Das Thema Stadt an den Fluss geht jedoch über die Frage der Gestaltung von Platz- und Freiraum sowie des Mobiliars und über die Stadtteilperspektive weit hinaus und würde einen breit angelegten Bürgerdialog erfordern. Für die Bearbeitung bzw. Wiederaufnahme dieses Projektes stehen auf absehbare Zeit keine personellen Ressourcen zur Verfügung.
183	2015	61 51.10.02- 51.10.05		<u>neues / geändertes Ziel:</u> Ziel1: Städtebauliche Rahmenplanung: <u>neue / geänderte Maßnahme:</u> M6 Konzept für einen Landschaftspark mit Förderung über Landesgartenschau in die Überlegungen für das Airfield mit einbeziehen		Der Beginn des dialogischen Planungsprozesses für das Airfield ist für das Jahr 2016 vorgesehen. Die Idee eines Landschaftsparks wird in diesen Prozess einfließen. Dabei ist der Gesamttraum zu betrachten.
184	2015	61	<u>Beschreibung:</u> Sanierungsgebiet Rohrbach	<u>neue / geänderte Maßnahme:</u> Fortführung der Maßnahme auch nach 2016 - insbesondere der Bau eines Gehweges in der Leimer Straße Planungsmittel	<u>Aufwand:</u> + 50.000	Zur Fortsetzung von Maßnahmen im öffentlichen Raum sind im Wirtschaftsplan „Treuhandvermögen Erneuerungsgebiete“ in 2015/2016 insgesamt 540.000 € veranschlagt. Für Maßnahmen nach 2016 sind zunächst die Bemühungen um weitere Städtebaufördermittel abzuwarten. Je nach Entscheidung hierzu sind diese Maßnahmen dann entweder im Treuhandvermögen oder im städtischen Haushalt fortzuführen.

Nr.	Jahr	TH	Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung	Neuaufnahme / Änderung Ziel bzw. Maßnahme	Finanzielle Änderung	Anmerkungen der Verwaltung
187	2016	66	<p><u>Beschreibung:</u> Baukosten Leimer Straße – Einrichtung eines Gehwegs</p> <p><u>Begründung:</u> Einrichtung eines angemessenen Gehwegs im Bereich zwischen Gasthaus Linde und der Burnhofstraße. Es wurden die mittleren Kosten der Schätzungen der Verwaltung zu Grunde gelegt</p>		<p><u>Aufwand:</u> +167.500</p>	Siehe Antrag 184

194	2015 2016	61	<u>Beschreibung:</u> Möglicher Einsatz als zusätzliche Stelle oder Vergabe und Bereitstellen von zusätzlichen Projektmitteln	<u>neue / geänderte Maßnahme:</u> Erarbeitung Masterplan und Bebauungsplan Im Neuenheimer Feld entsprechend des GR-Beschlusses 26.03.2014	<u>Aufwand:</u> + 100.000	Die Themen der inneren und äußeren Verkehrserschließung sind im Zusammenhang mit der baulichen Entwicklung des Neuenheimer Felds zu betrachten und in den Masterplan Neuenheimer Feld/ Neckarbogen zu integrieren. Ein dafür geeigneter Planungsprozess muss einen höheren Aufwand zur Einbeziehung aller wichtigen Akteure kalkulieren. Zu diesem Zweck sollten in einem ersten Schritt alternative Entwicklungsperspektiven für das Neuenheimer Feld im gesamtstädtischen Zusammenhang von externen Planungsbüros diskursiv erarbeitet werden. Der Aufwand dafür wird einschließlich Beteiligungsverfahren aber noch ohne Fachgutachten auf ca. 300.000 € geschätzt. Danach stünden Beschlüsse zu den Entwicklungszielen sowie die Bearbeitung des Masterplans mit Fachgutachten u. a. im Bereich Verkehr an. Diese Fachgutachten müssen dann auch im gesamtstädtischen Zusammenhang bzw. im Rahmen eines Verkehrsentwicklungsplanes betrachtet werden. Auf Basis des bestehenden Paketantrages Nr. 297 zum Doppelhaushalt 2011/2012 und des daraus resultierenden Gemeinderatsbeschlusses DS 0468/2012/BV sind im Jahr 2015 eine Neukonzeption und Aktualisierung des Verkehrsmodells und im Jahr 2016 die Evaluierung vorhandener Planwerke vorgesehen. Die entsprechende personelle Ausstattung ist Voraussetzung für die Evaluierung und Neuaufstellung eines derart komplexen Planwerkes.
			Beschluss des Gemeinderates am 26.03.2015: Der Gemeinderat ist bereit, das Verfahren für einen verlässlichen Bebauungsplan für das Neuenheimer Feld über zusätzliche Mittel im Haushalt anzustoßen, sodass Universität und Institutionen im Neuenheimer Feld hier eine Planungssicherheit für die notwendigen Erweiterungen auf dem bestehenden Campus erhalten. Eine Weiterentwicklung der verkehrlichen Erschließung des Neuenheimer Feldes wird im Rahmen der Erarbeitung des Masterplans und anschließender Festlegung im Bebauungsplan erfolgen. Der Startschuss für die Straßenbahn als wichtiges Verkehrsmittel muss umgehend erfolgen. Damit wird den Interessen der Universität und der Institutionen nach Planungssicherheit für ihre Zukunftsperspektiven Rechnung getragen. Somit hätten Stadt und Gemeinderat damit weitreichend den Interessen der Kläger sowohl mit der Abänderung des Planfeststellungsverfahrens sowie der Perspektivenabsicherung durch einen Masterplan mit anschließendem Bebauungsplan Rechnung getragen. Im Gegenzug verlangt der Gemeinderat, dass die Kläger die Klage gegen die Straßenbahn unverzüglich zurückziehen, sodass mit dem Bau der Straßenbahn begonnen werden kann.			

195	2015	63	<u>Beschreibung:</u> Öffentlich-rechtliche Entgelte, Verwaltungsgebühren, Baugenehmigungsgebühren		<u>Ertrag:</u> + 250.000	Da unsere Gebühreneinnahmen antragsabhängig sind, ist eine seriöse Prognose äußerst schwierig. Die Bauvorhaben in der Bahnstadt lassen weiterhin Baugenehmigungsgebühren auf hohem Niveau erwarten. Ab 2016 sind zusätzlich Bauanträge auf den Konversionsflächen zu erwarten. Die genaue Höhe der tatsächlichen Erträge ist abhängig von den einzelnen Entwicklungsabschnitten.
196	2016	63	<u>Beschreibung:</u> Öffentlich-Rechtliche Entgelte, Verwaltungsgebühren, Baugenehmigungsgebühren		<u>Ertrag:</u> + 500.000	Siehe Antrag 195
197	2015 2016	63	<u>Beschreibung:</u> Fortschreibung Förderprogramm Masterplan 100% Klimaschutz <u>Begründung:</u> Aktuelle Großprojekte im Bereich der Gebäudesanierung - Konversionsflächen - bieten ein enormes Potenzial an energetisch hochwertiger Sanierung für langfristig bezahlbares Wohnen in Heidelberg. Nur wenn auch die Nebenkosten auf Grund niedrigen Energieverbrauchs gering gehalten werden, kann man von langfristig bezahlbarem Wohnen sprechen.	<u>neues / geändertes Ziel:</u> Erhöhung der Förderpauschalen pro Quadratmeter, zusätzlich erhöhte Förderung für mietpreisgebundenen Wohnraum		Bezüglich des energetischen Standards gehen die derzeitigen Zielsetzungen bei der Entwicklung der Konversionsfläche Südstadt von der Erfüllung der gesetzlichen Standards aus. Ob im Einzelfall einzelne Vorhaben eine Förderung aus dem Programm rationelle Energieverwendung auslösen, kann momentan nicht vorhergesagt werden. Haushaltsplanansatz und zur Verfügung stehende Haushaltsreste sind nachzeitigem Stand ausreichend.

200	2015 2016	66	<p><u>Beschreibung:</u> Aufnahme folgender Straßen in das Straßenerneuerungsprogramm:</p> <p>Sanierung Neuer Weg, Friedhofsweg, Neckarhelle, Eselsgrundweg, Alte Eppelheimerstraße, (2. BA), St. Peter Straße, Im Entenlach, Maaßstraße Ost, Zeppelinstr, Panoramastr. (2. BA)</p> <p>Schäfergasse ab Lochheimer Straße bis Brennerweg, Pleikartsförster Straße ab, Schwetzingen Straße bis Brennerweg, Altstater Straße zwischen Schwetzingen Straße und Zentstraße, Ziegelhausen Gehweg Mühlweg, Rosensteige, Schulbergweg, In der Neckarhelle, Treppen Rainweg</p>			Siehe als Anlage beigefügte ergänzende Stellungnahme der Verwaltung
202	2015 2016	66	<p><u>Beschreibung:</u> Abarbeiten des Haushaltsrests zur Straßenerneuerung; evtl. Fremdvergabe der Planungen und Ausführungen zur Reduzierung des Planungsstaus</p> <p><u>Begründung:</u> aufgeschobene Projekte können nur teurer werden</p>			
204	2015	66	<p><u>Beschreibung:</u> Harbigweg Erneuerung Fahrbahndecke sowie Anlegen eines Gehweges auf der Seite der Sportanlagen</p> <p><u>Begründung:</u> Erhöhung der Sicherheit</p>		<p><u>Aufwand:</u> + 500.000</p> <p>zzgl. HH-Rest 2014</p>	<p>Umsetzung nur im Rahmen der personellen Ressourcen möglich, ggf. ist eine Änderung der Prioritäten erforderlich.</p> <p>Der Haushaltsrest 2014 ist bereits mit Aufträgen 2014 vergeben und steht für neue Maßnahmen nicht zur Verfügung.</p>

205	2015	66	<u>Beschreibung:</u> Radwege: Beleuchtung Radweg Campbell, Waldshuter Weg		<u>Aufwand:</u> + 100.000	<u>Beleuchtung Radweg Campell:</u> Erforderlich sind 100 T€; siehe auch Antrag 217 <u>Beleuchtung Radweg Waldshuter Weg:</u> Die Erweiterung der Beleuchtungsanlage ist nicht erforderlich, da eine beleuchtete Alternativtrasse existiert.
206	2016	66	<u>Beschreibung:</u> Radwege: Beleuchtung Radweg Campbell, Waldshuter Weg		<u>Aufwand:</u> + 50.000	Siehe Antrag 205
207	2015	66	<u>Beschreibung:</u> Z2 M3; Verkehrsausstattung Radwegnetz	<u>neues / geändertes Ziel:</u> Aufnahme der Maßnahme. Lückenschluss Fuß- und Radweg Diebsweg, Planung Baumschulenberg		<u>Diebsweg:</u> zw. Eppelheimer Straße und Schützenstraße Zunächst Planung erforderlich. Realisierung frühestens 2017 / 2018 möglich.
214	2015	66	<u>Beschreibung:</u> Planungsrate Gesamtkonzept S-Bahnhof Pfaffengrund/ Wieblingen		<u>Aufwand:</u> + 50.000	
218	2015 2016	66 61	<u>Beschreibung:</u> Planung „Stadt an den Fluss“ auf der Basis der bereits vorhandenen Pläne <u>Begründung:</u> Lebensqualität der Flussstadteile verbessern, Neckar „erlebbar“ machen	<u>neues Maßnahme:</u> Planung „Stadt an den Fluss“ auf der Basis der bereits vorhandenen Pläne unter Einbeziehung des Amtes 61 z. B.: begleitende Planung der Uferpromenade als Fuß- und Radweg von der Ernst-Walz-Brücke bis zum Zoo		In einem ersten Schritt könnte zunächst der weitere Untersuchungs- und Planungsbedarf und das dazugehörige Verfahren definiert werden.

219	2015 2016	67	<u>Beschreibung:</u> Grünpflege: Verbesserung der Aufenthaltsgüte und des Erscheinungsbildes		<u>Aufwand:</u> + 100.000	Im Haushaltsplanentwurf 2015/2016 sind zusätzliche Mittel von rd. 800 T € zur externen Vergabe von Unterhaltungsleistungen vorgesehen. Des Weiteren wurden deutliche Erhöhungen im Personal- und Sachaufwandsbereich vorgenommen. Damit können alle Flächenmehrunge kompensiert werden. Die Grünpflege erfolgt anhand eines Grünflächenmanagements auf Basis eines aktuellen Grünflächenkatasters.
224	2015	67	<u>Beschreibung:</u> Skateranlage Bau der Anlage beim Sportzentrum West Produktgruppe 55.10		<u>Aufwand:</u> + 70.000	Mit den beantragten Mitteln ist lediglich die Errichtung einer Einfachst-Anlage möglich, die den Anforderungen der Nutzer nicht entsprechen würde. Die Mittel könnten für die Aufwertung der stark frequentierten Anlage am Messplatz sinnvoller eingesetzt werden.
227	2015 2016	67	<u>Beschreibung:</u> Begebenheiten für Trauerfeierlichkeiten, Herstellung von Unterstellmöglichkeiten mit Beschallung und variablen Sitzmöglichkeiten. Mikrofananlagen Köpfel, Peterstal		<u>Aufwand:</u> + 80.000	Die Beschallung des Außenbereichs ist bereits realisiert. Die Errichtung einer Überdachung vor der Friedhofkapelle mit variablen Sitzmöglichkeiten ist möglich. Die Verwaltung gibt jedoch zu bedenken, dass sich der Kostendeckungsgrad der Einrichtung einhergehend mit zusätzlichen Investitionen weiter verschlechtert.
228	2015 2016	67 Forst	<u>Beschreibung:</u> Mittel zur Wiederherstellung von Wiesen als Abgrenzung zwischen Wald und Bebauung zur Verhinderung von Wildschweinschäden		<u>Aufwand:</u> + 25.000	Ursächlich für vermehrt auftretende Schadensfälle ist insbesondere die Verwilderung von Wiesen zwischen Wald und Wohnbebauung. Die Verwaltung schlägt vor, die beantragten Mittel zur Wiederherstellung des Wiesenbestandes zu verwenden um die Wildschweine von der Wohnbebauung fern zu halten. Hierfür wären jedoch ca. 50.000 € notwendig. Vgl. DS: 0037/2015/IV

231	2015 2016	70	<u>Beschreibung:</u> Längere Öffnungszeiten an den Recyclinghöfen Samstags		Aufwand: + 25.000	Eine Verlängerung der Öffnungszeiten wird nur für samstags als sinnvoll erachtet. Eine Verlängerung um zwei Stunden von 8 Uhr bis 15 Uhr (bisher 13 Uhr) ist mit einer Erhöhung des Budgets um 25.000 € umsetzbar. Es sollte zunächst für ein Jahr getestet werden, ob dies auch angenommen wird und welche Auswirkungen damit verbunden sind.
232	2015 2016	80	<u>Beschreibung:</u> Erhöhung der Projektmittel		<u>Aufwand:</u> + 30.000	
236	2015	80	<u>Beschreibung:</u> Konzept zur Verringerung der Flächenpreise für Gewerbeflächen		<u>Aufwand:</u> + 20.000	Es besteht ein Defizit an Wirtschaftsflächen von mindestens 70 ha. Aktuell ist nur noch ein sehr begrenztes Angebot an Flächen vorhanden. Die Konditionen sind im Vergleich zum nahen Umland nicht konkurrenzfähig und führen zunehmend dazu, KMU nicht am Standort halten zu können bzw. Neuansiedlungen nicht mehr vornehmen zu können. Im Rahmen der Neuausweisung und Erschließung von Wirtschaftsflächen soll ein Konzept zur gezielten sektoralen Preisdifferenzierung zur Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes entwickelt werden.
237	2015	81	<u>Beschreibung:</u> Begleitende Planung beim Umbau der Haltestellen durch den RNV in der Dossenheimer Landstraße zwischen Hans-Thoma-Platz und Burgstraß. <u>Begründung:</u> Umsetzung des Beschlusses des Bezirksbeirates Handschuhsheim aus 2013 und 2014 (Drucksache Antrag 0019/2014)		<u>Aufwand:</u> +100.000	Nicht erforderlich. Mit Vorlage DS 0167/2014/IV und der aktuellen Informationsvorlage zum Antrag 0102/2014/AN des BB Handschuhsheim (derzeit noch ohne AZ) hat die Verwaltung die weitere Vorgehensweise beschrieben. Für die Begleitung der Planung der Gleissanierungsmaßnahme der RNV GmbH sind Planungsmittel in Höhe von 15.000 € ausreichend. Planungsmittel für ein Umgestaltungskonzept (große Lösung) sind wegen der engen zeitlichen Vorgabe aus Sicht der Verwaltung nicht möglich; für die Begleitung des Projekts stehen aufgrund der aktuellen Großprojekte (Bahnstadt, Konversion) gegenwärtig keine Ressourcen zur Verfügung.

239	2015	81	<u>Beschreibung:</u> Neu: Übergang Boxbergring bei Iduna-Center		<u>Aufwand:</u> + 10.000	Amt 81 hat in der Vergangenheit einige provisorische Lösungsvorschläge geprüft, mit denen die Barrierefreiheit hergestellt wäre. Für die vom Bezirksbeirat beantragte Lösung liegt keine Kostenschätzung vor. Auf die im Gremienlauf befindliche Vorlage (DS 0054/2015/IV) wird verwiesen. Die Realisierungskosten dieser „großen Lösung“ können erst nach Vorliegen des Vorentwurfs abgeschätzt werden; sie liegen aber über 20.000 €. Soll die „große Lösung“ in den Jahren 2017/2018 umgesetzt werden, muss der Vorentwurf im Doppelhaushalt 2015/2016 erstellt werden. Ob dies umgesetzt werden kann, kann erst nach Aufstellung aller notwendigen Planungen und erfolgter Priorisierung geprüft werden.
-----	------	----	--	--	-----------------------------	--

241	2016	81	<p><u>Beschreibung:</u> Fußwegunterbrechung unterhalb des Iduna-Centers West am Boxbergring</p> <p><u>Begründung:</u> Die Fußwegunterbrechung stellt eine deutliche Gefahr für gehbehinderte Menschen z.B. mit Rollstuhl oder Rollator, für Eltern mit Kindern im Kinderwagen und für Kinder auf Laufrädern, Rollern und Rädern dar. Diese Menschen müssen durch die Unterbrechung ca. 100 Meter hinter parkenden Autos auf der Fahrbahn zurücklegen, hinter parkenden Autos vorbei, während allein zwischen 7 und 11 Uhr mehrere hundert Autos an ihnen vorbeifahren (Ergebnis einer Verkehrszählung im Juli 2014). Seit vier Jahren weisen Kinderbeauftragte und Stadtteilverein regelmäßig auf die Gefahren hin. Das Amt für Verkehrsmanagement hat in jeder Stadtteilbegehung bestätigt, dass hier ganz deutlich Handlungsbedarf besteht.</p>	<p><u>neues Ziel:</u> Verbesserung der Verkehrssicherheit für Fußgänger, insbesondere für mobilitätseingeschränkte Menschen und Kinder.</p> <p><u>Neue Maßnahme:</u> Beseitigung der Fußwegunterbrechung unterhalb des Iduna-Centers West am Boxbergring</p>	<p><u>Aufwand:</u> +20.000</p>	Siehe Antrag 239
243	2015	81	<p><u>Beschreibung:</u> Zentrum umweltbewusste Mobilität (ZuM): Projektförderung</p>		<p><u>Aufwand:</u> + 25.000</p>	
246	2016	81	<p><u>Beschreibung:</u> ZUM - Zuschuss für Beratung bei umweltbewusster Mobilität Produktgruppe 51.10</p> <p><u>Begründung:</u> Verbreiterung des Angebots, Erhöhung bei Personal- und Sachkosten</p>		<p><u>Aufwand:</u> + 30.000</p>	

253	2015	81	<u>Beschreibung:</u> Konzepterstellung zur Schaffung von Fahrradschnellachsen <u>Begründung:</u> Verbesserung der Situation für Radfahrende in Heidelberg (Fahrrad freundliche Kommune)	<u>neue / geänderte Maßnahme:</u> Konzepterstellung zur Schaffung von Fahrradschnellachsen (Produktgruppe 51.10, Ziel 4)		Der Verband Metropolregion prüft die Erstellung einer Machbarkeitsstudie zur Realisierung einer Fahrradschnellachse HD-MA-LU. Im Stadtgebiet sind derzeit zwei Fahrradschnellachsen in Bearbeitung bzw. in Teilbereichen hergestellt: Von der Uferstraße Richtung Zoo und von Rohrbach über die Südstadt, Bahnstadt und Bergheim bis in das Neuenheimer Feld. Eine weitere Konzepterstellung wird im Rahmen des VEP umgesetzt.
258	2015	81	<u>Beschreibung:</u> Zusätzliche Maßnahmen Radverkehr/Verkehrswende <u>Begründung:</u> Mobilität mit dem Fahrrad verbessern		<u>Aufwand:</u> + 30.000	
260	2015 2016	81	<u>Beschreibung:</u> Gutachten Markierungen Knoten / Strecken <u>Begründung:</u> Radverkehr verbessern		<u>Aufwand:</u> + 20.000	
262	2015	81	<u>Beschreibung:</u> Einführung von (papiernen) Kurzstreckentickets <u>Begründung:</u> Nach der Einführung der E-Tickets ist folgerichtig, die schon lang geforderte Kurzstreckentickets (Papierform) einzuführen. Die Stadt führt entsprechende Verhandlungen mit dem URN.	<u>Neue Maßnahme:</u> Verhandlungen mit dem URN zur Einführung von Kurzstreckentickets (aus Papier).		Die Stadt wird die Beratungen mit dem URN hierzu fortsetzen. Nach bisher vorliegenden gutachterlichen Aussagen ist wegen des Wegfalls von Einnahmen mit Kosten von bis zu 500.000 €/Jahr zu rechnen. Auch die anderen Großstädte im VRN müssten sich in ähnlicher Höhe beteiligen.

263	2015 2016	81	<p><u>Beschreibung:</u> Anpassung der Gebühren bei Parkscheinautomaten ab 01.07.2015</p> <p><u>Begründung:</u> Die letzte Anpassung erfolgte 1992. Die Parkgebühren sollten über den Gesamtzeitraum an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten angepasst werden.</p>	<p><u>neue / geänderte Maßnahme:</u> Anpassung der Gebühren bei Parkscheinautomaten ab 01.07.2015 (Produktbereich 54, Ziel 3)</p>	<p><u>Ertrag:</u> + 50.000</p>	
-----	--------------	----	---	---	------------------------------------	--